



HESSISCHER LANDTAG

02. 12. 2025

INA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Polizeieinsatz rund um die Neugründung der AfD-Jugend am 29.11.2025 in Gießen

Am 29.11.2025 fand in Gießen die Neugründung der Jugendorganisation der AfD statt. Aus diesem Anlass fand ein Großeinsatz der Polizei aus Hessen unter Beteiligung von Polizeikräften aus 14 weiteren Bundesländern statt. Allein die Größe der Veranstaltung und des Einsatzes sprechen für eine umfassende Information des Parlaments und einer Beratung im Innenausschuss.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Versammlungen waren insgesamt in Gießen angemeldet?
2. Durch welche Organisationen erfolgte die Anmeldung?
3. Wie beurteilt die Landesregierung insgesamt den Verlauf der angemeldeten Versammlungen?
4. Wie häufig kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gegenüber der Polizei?
5. In wie vielen Fällen musste die Polizei körperlich oder mit dem Einsatz von Wasserwerfern einschreiten und was waren die Gründe?
6. Ist es zutreffend, dass einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AfD-Veranstaltung in Polizeiautos zum Veranstaltungsort gefahren wurden?
7. Ist der Landesregierung bekannt, ob parlamentarischen Beobachterinnen und Beobachtern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Presse seitens der Polizei der Zugang zu Bereichen verwehrt wurde?
8. Wie beurteilt die Landesregierung die Auflösung einer Blockade auf der B 49?
9. Ist der Landesregierung insbesondere ein hierzu existierendes Video bekannt, wonach es scheint, dass die Polizeikräfte auf Demonstranten stürmen?
 - a) Gab es mehrere Ansprachen oder Aufforderungen durch die Polizeikräfte, bevor eingeschritten wurde?
 - b) Wurde die Auflösung dieser Blockade bereits aufgearbeitet? Wie lautet das Ergebnis der Aufarbeitung?
10. Ist der Landesregierung der Vorfall bekannt, wonach auf der Lahnstraße im Bereich der Brücke über den Fluss Wieseck gegen die Mittagszeit von Polizeikräften eine einzelne Person aus einer Gruppe von Demonstrierenden herausgegriffen wurde? Was war die Ausgangssituation und der Hintergrund für diesen Vorfall?
11. Haben die Festnahmen von Demonstranten zu weiteren Maßnahmen, wie beispielsweise die Einleitung von Strafverfahren, geführt?
12. Wurde der Einsatz seitens der Polizei bereits nachbereitet und wenn ja: Was sind die wesentlichen Erkenntnisse der Nachbereitung?
13. Wie schätzt die Landesregierung die Aussage des Bundeskanzlers ein, dass die Fernsehbilder zeigten, es handele sich um „eine Auseinandersetzung zwischen ganz links und ganz rechts“, insbesondere vor dem Hintergrund, dass zahlreiche zivilgesellschaftliche

Vereinigungen und sämtliche großen Religionsgemeinschaften zu der Gegendemonstration aufgerufen hatten und diesem Aufruf auch knapp 30.000 Menschen mit friedlichem Protest gefolgt sind?

Wiesbaden, 2. Dezember 2025

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke